

3.12.68

Juristische Fachschaft LSD SHB SDS Juristische Fachschaft

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Seit gestern befinden sich die Studenten der AFE im Streik. Der Grund: vom hessischen Kultusminister soll ihnen eine technische Hochschulreform aufgezwungen werden, die darin besteht, daß die Grundwissenschaften Politik und Soziologie nicht mehr gelehrt werden, das Studium auf sechs Semester beschränkt bleibt. Damit soll das Entstehen eines gesellschaftskritischen Bewußtseins der zukünftigen Lehrer, das aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Politik und Gesellschaft notwendig resultiert, verhindert werden, damit sie ihre Schüler nicht zu demokratischer Haltung erziehen können. Diese Ausbildungsreform an der AFE, gegen die sich unsere Kommilitonen wenden, laufen auf den Zustand hinaus, der an der juristischen Fakultät schon lange besteht. Die Grundlagendisziplinen Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie und Rechtstheorie werden nicht oder nur selten gelesen und stehen in keinem Bezug zu dem Stoff der einzelnen Fächer. Diesen unhaltbaren, unwissenschaftlichen Zustand zu beseitigen, haben kritische Studenten und juristische Fachschaft schon lange gefordert. Wir solidarisieren uns mit den Forderungen unserer Kommilitonen an der AFE, und benutzen diesen Anlaß, erneut eine Ausbildungsreform auch an unserer Fakultät zu fordern. Das juristische Examen, eine Eingangsprüfung für den Staatsdienst, verlangt de facto die unkritische Anwendung von Gesetzen. Der Repetitor und das universitäre Ausbildungssystem der Scheineproduktion in Übungen haben die Aufgabe, in die positivistische Fallsubsumtion einzuüben. In den Vorlesungen wird, als Voraussetzung dafür, eine unkritische Haltung angewöhnt, die nur noch die passive Rezeption unverstandenen und ungeprüften Wissens zum Gegenstand hat. Die praktischen Versuche einiger Erstsemester ihre passive Rolle durch Fragen abzulegen, hat Professor Erl er mit dem Abbruch der Vorlesung "Einführung in die Rechtswissenschaft" geantwortet. So versteht Herr Erl er den Art. 5 III GG, in dem die Freiheit der Wissenschaft garantiert ist. Professor Coing möchte diesem Zustand recherchierlich fixieren: "Notwendig ist eine ausdrückliche Bestätigung der Lehr- und Forschungsfreiheit der einzelnen an der Universität tätigen Personen. Dabei muß man den Mut haben, diesen Personenkreis abzugrenzen. Ich würde ihn mit demjenigen der Hochschul-lehrer gleichsetzen."

Wir haben den Mut, zu einem

GO - I N , Mittwoch den 4. 12. 68 um 10 Uhr in H 8

zu aufrufen, um Professor Coing "in feierlicher und eindringlicher Form" zur Rechenschaft zu ziehen. Professor Coing hat angesichts des skandalösen Verhaltens von Professor Erl er, warum er die faktisch abgeschaffte Lernfreiheit der Studenten legalisiert aus der Hochschule verbannen möchte:

" Der Entwurf läßt die bestehende Lernfreiheit der Studenten unberührt. Ich bin aber der Überzeugung, daß ohne die Abschaffung der Lernfreiheit, wie sie jetzt und traditionellerweise an den deutschen Universitäten besteht, es unmöglich ist, eine große Zahl von Studenten wirklich sachgerecht auszubilden."

Was "sachgerecht" ist, läßt sich am Marburger Manifest ablesen, das von Erl er, Schiedermaier, Claß und Preiser unterschrieben wurde. Die Unterzeichner lehnen eine Demokratisierung der Gesellschaft und folglich auch der Universität ab. Das Produkt solcher Verhältnisse sind Richter, die auf einer Versammlung des Deutschen Richterbundes vor ein paar Tagen erklärten: "Man muß mit der Demokratie vorsichtig sein. Stimmzettel verbürgen noch keine Vernunft", und : Bei Demonstrationsprozessen sei das Grundgesetz dem Orakel von Delphi vergleichbar: es mache den Richter nicht klüger. (Zit. FR 2.12.68 S.3)

bitte wenden

Juristische Fachschaft LSD SHB SDS Juristische Fachschaft LSD SHB

liche Zitate verweisen auf eine ungebrochene Tradition, mit Hilfe derer deutschen Juristen von Weimar über den Faschismus bis heute ihre eigenen gesellschaftlichen Stellungen innehaben konnten, z. B. Küchenhoff, Karl Schmitt, Latenz, Maunz, E.R. Huber, Küchenhoff, Siebert, Lange, Werner Weber, Herbert Krüger, Nipperdey †:

Das gegenwärtige Ausbildungssystem wird die gesellschaftliche Funktion der Juristen nicht diskutiert, wird ihre zweifelhafte Rolle bei der Verurteilung der APO-Demonstranten und der Vorwurf der Klassenjustiz nicht zur Sprache gebracht.

Ordinarien sind die Garanten dieser Diskussionslosigkeit!

Wir fordern die Abschaffung des Ordinariatsprinzips, weil es den reaktionären Professoren gestattet, die wissenschaftlich nicht legitimierten Inhalte einer Vorlesung autoritär zu bestimmen.

Liberalen Professoren, die die Illegitimität des gegenwärtigen Prüfungs- und Ausbildungssystems zum Teil erkannt haben, können das Ordinariatsprinzip nicht beseitigen (z.B. wegen ihres Beamtenstatus).

Wir müssen die Studenten in selbsttätiger Organisation des Wissenschafts- und Lernbetriebs die Ordinariatsuniversität bekämpfen und damit die Demokratisierung der Hochschule vorantreiben.

echt das eigenen Kommilitonen klar!

GO! - IN zu COING

Dienstag, 4. 12. 68 10 Uhr in Hörsaal H8